



Ampel-Koalition riskiert erneut verfassungswidrigen Etat

Rechtssicherheit muss im Haushaltsverfahren vor Schnelligkeit stehen – Nachtragshaushalt unausweichlich

Die Ampelkoalition hat trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts und gegen die Stimmen der Unionsfraktion die Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss, die traditionell die Detailberatungen über den Bundeshaushalt abschließt, nicht verschoben. Das Bundesverfassungsgericht hatte am Mittwoch auf eine Klage der Unionsabgeordneten im Bundestag über den 2. Nachtragshaushalt für 2021 geurteilt und diesen für verfassungswidrig und nichtig erklärt.

Der Biberacher Haushaltspolitiker der CDU/CSU, Josef Rief, erklärte dazu nach der Bereinigungssitzung, die bis nach vier Uhr am Freitagmorgen andauerte:

„Wir halten es für ein verantwortungsloses Vorgehen der Koalition, trotz des vernichtenden Urteils aus Karlsruhe mit den Beratungen fortzufahren und damit zu riskieren, dass der neue Haushalt ebenfalls verfassungswidrig wird. Das Sondervermögen, um das es geht, ist ein Eckpfeiler des aktuellen Haushaltentwurfs. Es ist mit den Einzelhaushalten mehrerer Ministerien unmittelbar verbunden, darf aber nicht mehr so genutzt werden. Wir haben uns dazu entschlossen, in der Sitzung zwar mitzuarbeiten, aber keinen unserer 350 An-



Großes Medieninteresse und wartende Regierungsvertreter vor dem Haushaltsausschuss während der Bereinigungssitzung

derungsanträge einzubringen, die wir vorher erarbeitet hatten. Auch wenn die Ampel vom Gericht gesagt bekommen hat, dass man keine Schulden auf Vorrat machen kann und darf und die bereits ausgezahlten, schuldenfinanzierten Gelder zurückgezahlt werden müssen, kümmert das die Ampel wenig. So wird im Agrarbereich, der in meiner Zuständigkeit liegt, so getan, als stünden 200 Mio. Euro für das Programm „Ökosystemleistung Wald“ weiterhin zur Verfügung, obwohl diese komplett aus dem verfassungs-

Seite 2

Bischof-Sproll-Bildungszentrum in Berlin

Bei der Bereinigungssitzung, die sich von Donnerstagmittag bis Freitagfrüh um 4.45 hinzog, riskierte die Ampel erneut, einen verfassungswidrigen Haushalt zu verabschieden. Josef Rief ließ sich in der Sitzung kurz vertreten und konnte so zwei Leistungskurse der 12. Klasse vom Bischof-Sproll-Bildungszentrum aus Biberach treffen, die in Berlin zu Besuch sind und mit den Schülerinnen und Schülern diskutieren. Interessant war dabei besonders, die aktuelle Situation nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu erläutern, aber auch die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten und die Vielfalt der Berufe, die sich im Parlament wiederfinden. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

widrig zustande gekommenen Klima- und Transformationsfonds stammen.

Die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK), aus der viele Programme zur Dorfentwicklung finanziert werden, wurde um 67 Mio. Euro erhöht, allerdings waren vorher die Gelder hierfür um 293 Mio. gekürzt wurden. Wir hatten auch hier gegenfinanzierte Anträge vorbereitet, etwa die GAK wieder auf eine Milliarde Euro anzuheben. Das Investitionsprogramm Landwirtschaft von Julia Klöckner zur Unterstützung der Betriebe bei der Anschaffung umweltschonender Maschinen - etwa zur Ausbringung von Wirtschaftsdünger zur CO2-Reduzierung - soll nach dem Willen des Ministers Özdemir gekürzt werden und auslaufen, obwohl mit 450 Mio. Euro gerade die Hälfte ausgezahlt und der Bedarf weiter groß ist. Hier wurde mehrfach gekürzt. Unser Antrag hätte den Ansatz um 30 Mio. Euro angehoben und für 2024 eine weitere Vergaberunde zu ermöglichen.

Beim Tierwohl herrscht jetzt eine verheerende Klarheit.

Nach dem Konzept des Bundesministers, das kaum erfüllbare Auflagen und fortlaufende Weiterbildungsmaßnahmen für die Tierhalter vorsieht, könnten mit den 100 Mio. Euro für den Stallumbau in Baden-Württemberg lediglich 10 Ställe pro Jahr gefördert werden. Umgelegt auf den Kreis Biberach würde dann alle vier Jahre ein Stall um- oder neugebaut. Da ist es eine Provokation für die vielen Tierhalter in der Schweinehaltung, wenn gleichzeitig wenige Betriebe, die Insekten züchten oder Hafermilch produzieren, mit 30 Mio. Euro gefördert werden sollen.

Mit der gestrigen Sitzung ist die Diskussion lange nicht beendet. Der Bundesfinanzminister ist noch die Antwort schuldig, wie genau er das Urteil umsetzen und die bereits ausgegeben Mittel wieder einsparen will. Woher das weggefallene Geld im Klima- und Transformationsfonds kommen soll, ist ebenfalls unklar. Ein weiterer Schaden für die Ampel und die Politik insgesamt entsteht dadurch, dass noch bevor der Bundestag den Haushalt beschlossen hat, ein Nachtragshaushalt unausweichlich ist.“ ■

CDU/CSU: Ukraine muss siegen Fast zwei Jahre führt Russland Krieg gegen das Nachbarland

Fast zwei Jahre führt Russland inzwischen Krieg gegen den Nachbarn Ukraine – und ein Ende ist nicht in Sicht. Es hat den Eindruck, als würde sich die Welt an einen Stellungskrieg im Osten Europas gewöhnen. Schlimmer noch: Die Kämpfe dort drohen vom Kriegsschauplatz Nahost überlagert zu werden. In dieser Situation ruft die CDU/CSU-Fraktion eindringlich dazu auf, die Ukraine weiterhin zu unterstützen und ihr zu einem Sieg gegen Russland zu verhelfen.

Wie ist die Lage in der Ukraine?

Die Ukraine steuert auf einen zweiten Kriegswinter zu. Russland bombardiert weiterhin Dörfer und Städte mit Drohnen, Raketen und Marschflugkörpern. Die Angriffe richten sich vorrangig gegen die Zivilbevölkerung und die Infrastruktur des Landes, insbesondere die Energieversorgung. Kulturdenkmäler werden zerstört, ganze Landstriche werden vermint. Die ukrainische Armee verteidigt ihr Land tapfer und unermüdlich. Doch ihr fehlt es an Rüstung, um verlorene Gebiete zurückzuerobern. Militärisch ist Russland überlegen.

Was muss getan werden?

Ziel ist es, die Ukraine in den völkerrechtlich aner-

kannten Grenzen von 1991 zu erhalten. Dazu gehören auch die umkämpften Gebiete im Osten des Landes sowie die Halbinsel Krim, die Russland 2014 völkerrechtswidrig annektiert hat.

Damit die Ukraine verlorene Gebiete zurückerobern kann, muss der Westen ihr die Waffen liefern, die sie braucht. Dazu gehören nicht nur Panzer oder Kampfflugzeuge, sondern auch TAURUS-Marschflugkörper. Die Bundesregierung verweigert ihr jedoch die Lieferung solcher Präzisionswaffen. Die CDU/CSU kritisiert das. Sie meint: Waffenlieferungen an die Ukraine verlängern nicht den Krieg, sondern versetzen die Ukraine in die Lage zu siegen.

Warum ist die Unterstützung der Ukraine so wichtig?

Die Ukraine verteidigt nicht nur ihr Territorium, sondern auch den Frieden in Europa. Wenn wir hinnehmen, dass die Ukraine verliert, dann geben wir anderen aggressiven Mächten einen Freibrief, Russland nachzuahmen – etwa China oder dem Iran.

Die Ukraine als Land, das sich an westlichen Werten orientiert, sollte schrittweise in die Europäische Union aufgenommen werden – gemäß seinen Fortschritten bei der Anpassung an europäische Standards. Auch ein NATO-Beitritt sollte in Aussicht gestellt werden, sobald der Krieg vorbei ist. ■